

## MELDUNGEN

## Genital-Verstümmelung

London – Mehr als 5000 Fälle von Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen registrierte die englische Gesundheitsbehörde im vergangenen Jahr. Etwa ein Drittel der Betroffenen stammt aus Somalia. Die Beschneidung von Klitoris und Schamlippen ist in weiten Teilen Afrikas Praxis und breitet sich im Zuge der Masseneinwanderung zunehmend in Europa aus. Obwohl sie seit 1985 in Großbritannien verboten ist, wurde noch nie ein Fall vor Gericht gebracht. Die englische Ukip-Partei fordert angesichts der Entwicklung eine jährliche medizinische Untersuchung für Mädchen, die zur Risikogruppe gehören. In Frankreich wird es bereits praktiziert. **FH**

## Atomwaffen-Gerücht

New York – Denkt Deutschland über die Teilhabe an Atomwaffen nach? Diese Frage beschäftigt gerade Militärexperten in den Vereinigten Staaten. Auslöser ist unter anderem ein Artikel in der „New York Times“, der wiederum aus einem Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages zitiert. In der Kurzstudie heißt es: „Die derzeitigen völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands beschränken sich auf das Verbot eines Erwerbs von eigenen Atomwaffen. Die ‚nukleare Teilhabe‘ verstößt ebenso wenig gegen den Nichtverbreitungsvertrag wie die Ko-Finanzierung eines ausländischen (zum Beispiel französischen oder britischen) Nuklearwaffenpotenzials. Eine solche Finanzierung ließe sich zwar nicht aus dem EU-Haushalt, wohl aber aus dem deutschen Verteidigungshaushalt bestreiten und auf der Grundlage einer bilateralen völkerrechtlichen Vereinbarung rechtlich ausgestalten.“ Nicht zitiert wird allerdings die Aussage, dass Deutschland wenig davon hätte, da französische und britische Atomwaffen immer schon als Teil einer europäischen Abschreckungsstrategie verstanden wurden. **FH**

## Deutsche in der Minderheit

Frankfurt – Erstmals leben in einer deutschen Großstadt mehr Menschen mit Immigrationshintergrund als ohne. Das geht aus dem „Frankfurter Integrations- und Diversitätsmonitoring“ hervor, das die Stadtträtin und Integrationsbeauftragte Sylvia Weber jüngst vorlegte. Danach haben 51,2 Prozent der Frankfurter ausländische Wurzeln. Einen ausländischen Pass besitzen 28,6 Prozent. Hauptherkunftsländer der Einwanderer sind die Türkei (12,9 Prozent), Kroatien (7,3 Prozent) und Italien (7,2 Prozent). Brennstoff birgt unter anderem die Erkenntnis, dass fast die Hälfte der Haushalte von Einwanderern an der Armutsgrenze von weniger als 1300 Euro Nettoeinkommen liegt. Die Integrationsbeauftragte Weber zeigte sich trotzdem begeistert: „Wir sind eine Stadt ohne Mehrheit.“ Frankfurt bestehe jetzt aus „mehr oder weniger großen Minderheiten“. Die Minderheit der ethnischen Deutschen dürfe in Zukunft rasch noch weiter ins Hintertreffen geraten: Bei den Kindern unter sechs Jahren haben etwa 75 Prozent einen Immigrationshintergrund. **FH**

## »Verblendete Realitätsverweigerer«

Vom SPD-Parteisoldaten zum AfDler – Guido Reil rechnet im PAZ-Interview mit der Sozialdemokratie ab

Guido Reil (47) kann auf eine klassische SPD-Karriere zurückblicken. Er war 26 Jahre Parteimitglied im Ruhrgebiet, der sogenannten Herzkammer der deutschen Sozialdemokratie. Geradezu typisch auch sein beruflicher Werdegang: Er absolvierte eine Ausbildung im Bergbau, war dort Steiger und fungiert als Gewerkschafter. In der Kommunalpolitik war er als Bezirksvertreter tätig. Außerdem ist er Ratscherr in seiner Heimatstadt Essen. 2016 verließ Reil demonstrativ die SPD und wurde wenige Monate später Mitglied der Alternative für Deutschland (AfD), die er auf dem Weg zur Volkspartei sieht. Über Motive und Hintergründe seines politischen Weges sprach Bernd Kallina in Essen mit Guido Reil.

**PAZ:** „Mehr SPD ging nicht“, sagen Sie im Rückblick auf Ihre jahrzehntelange Mitgliedschaft in der ältesten deutschen Partei. Trotzdem haben Sie die Sozialdemokratie vergangenes Jahr plötzlich verlassen. Das muss schwerwiegende Gründe gehabt haben. Welche?

**Guido Reil:** Es gab mehrere Gründe. In erster Linie hing das mit einer anhaltenden Realitätsverweigerung des heutigen Establishments der SPD zusammen. Das Hauptproblem bei diesen Berufspolitikern besteht darin, dass sie mit dem wahren Leben der kleinen und lohnabhängigen Menschen, mit den Arbeitern und Angestellten, also mit denjenigen, deren Interessen sie eigentlich vertreten sollten, nichts mehr zu tun haben.

**PAZ:** Wie erklären Sie sich diese Distanz?

**Reil:** Sie kennen das ganze Leben der Menschen an der Basis zu wenig, wenn überhaupt! Diese Realitätsverweigerer, wie ich sie bezeichne, sind hier in erster Linie Akademiker, die über mehrere Semester – meist im sozialwissenschaftlichen Bereich – Theoriearbeit geleistet haben. Nichts gegen Theoriearbeit. Nur hat sie bei vielen zu einer ungläubigen Distanz zum wirklichen Leben der einfachen Leute geführt, oftmals gepaart mit linksideologischer Utopiegläubigkeit, die nicht weiterführt, sondern konkrete Problemlösungen erschwert! In aller Regel ist dieser Personenkreis schon sehr jung in die Parteiarbeit eingestiegen, hat sich hochgedient und gleichzeitig Kadavergehorsam gelernt. Denn wer querschießt, auch mit besten Argumenten, kann seine Parteikarriere frühzeitig begraben. Die SPD steht mit diesem Missstand allerdings nicht alleine, unsere alten Parteien sind allesamt streng und straff durchorganisiert. Wer da aufmuckt, muss eine Hausmacht haben, und die hatte ich, weil ich wusste, die Leute stehen hinter mir.

**PAZ:** Wann kam es dann zum eigentlichen Bruch? War es die Asylkrise?

**Reil:** Zunächst war es die Tatsache, dass ich seit 2005 den grundsätzlichen Kurs der SPD nicht mehr verstanden habe. Meine Parteifreunde hatten eigentlich nur noch Interesse am Verbleib in der Regierungskoalition. Dann hatten wir einen massiven Zuzug von Migranten aus Rumänien und Bulgarien seit 2010 und ein paar Jahre später die alles übertreffende Flüchtlingskrise seit September 2015. Sie erwies sich gewissermaßen als Speerspitze einer strategischen Fehlentwicklung, die im Land und in den Kommunen überliefen und das Fass zum Äußersten brachte. Ich sage ganz klar: Der überwiegende Teil



Bergmann, Gewerkschafter und überzeugter AfDler: Guido Reil vor einer Zeche in Bottrop Bild: pa

dieser Menschen war keine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Ich meine nicht nur Kriminelle, sondern auch Zuwanderer, die sich durch Schwarzarbeit ernähren und dabei gnadenlos ausgebeutet werden. Hinzu kommt eine Vielzahl von Migranten, die sich überhaupt nicht integrieren wollen und ganz bewusst zur Entstehung von konfliktträchtigen Parallelgesellschaften in unserem Land beitragen. Offenkundig ist auch, dass große Bereiche von schwerster Kriminalität Migranten aus dem Balkan zuzurechnen sind. Da wird zum Beispiel Kindergeld von Kindern aus dem Ausland bezogen, die es gar nicht gibt, und viele andere Gesetzeswidrigkeiten, die von unseren Parteivertretern, allen voran der SPD, in den Parlamenten schlicht und einfach hingenommen werden. Das macht den eigentlichen Skandal aus.

»Als Rassist und angeblicher Fremdenfeind wurde ich gebrandmarkt, als »Nazi-Sozi« an den Pranger gestellt«

**PAZ:** An welche anderen Gesetzeswidrigkeiten denken Sie dabei?

**Reil:** Ich denke an Menschen aus dem Libanon, die ohne Pässe schon vor Jahrzehnten zu uns kamen und noch heute enorme Schwierigkeiten bereiten. Wir haben es dabei auch mit organisierter Kriminalität schwerster Art zu tun, vor allem in Berlin, Hamburg und Essen. Ich habe dies als ehrenamtlicher Richter in Essen hautnah miterlebt. Da gibt es zum Beispiel Libanesen, die gleich viermal nach arabischem Recht verheiratet sind und für vier Familien Sozialhilfe auf unsere Steuerkosten kassieren. All das passiert ohne wirksame Gegenmaßnahmen!

**PAZ:** Aber das müssten Ihre damaligen sozialdemokratischen Parteifreunde doch auch registriert haben?

**Reil:** Eben nicht! Ich hatte nie das Gefühl, dass sie die himmelstreichende Problematik ernsthaft interessiert hätte. Es war vielmehr so, dass ich, der die unhaltbaren Zustände immer wieder aufgriff, dafür massiv beschimpft wurde, auch vom Integrationsrat der Stadt Essen. Ich wurde als Rassist und angeblicher Fremdenfeind gebrandmarkt und als „Nazi-Sozi“ an den Pranger gestellt. Oder, das war dann die andere Flucht-Variante vor Verantwortung, mir wurde beschuldigend entgegengehalten, dass es sich doch nur um

marginale Einzelfälle handle, die man nicht überbewerten dürfte.

**PAZ:** Wie erklären Sie sich diese Ablenkungs- und Verdrängungssymptome?

**Reil:** Das heutige SPD-Parteiestablishment will die ganze Misere aus ideologischen Gründen nicht wahrhaben. Multi-Kulti

fen ein. Herr Reil, meinten sie das wirklich ernst oder waren das nur Totschlag-Argumente gegen einen parteiinternen Gegner?

**Reil:** Ich habe mir diese Frage zu Beginn der jahrelangen Auseinandersetzungen auch oft gestellt und muss heute leider sagen: Ja, eine deutliche Mehrheit dieser Jusos sind tatsächlich so

verblendet. Die glauben das wirklich! Die sehen in jedem, der für Zuzugsbegrenzungen von Migranten eintritt, einen Nazi! Deswegen sind sie auch so aggressiv. Man kann mit denen gar nicht vernünftig reden. Ich habe mehrfach versucht, mit ihnen zu einem fairen Dialog zu kommen. Das ging nicht. Die bekommen sofort Schaum vor dem Mund und fangen an zu schreien. Ein rationaler Dialog mündiger Bürger, immerhin das Erziehungsziel der Bundesrepublik Deutschland in Abgrenzung zur NS- und SED-Diktatur, ist mit diesen Leuten, so wie ich sie kennenlernte, nicht möglich. Aber ich muss noch ergänzen: Mit der Faschismuskeule fuchtelten nicht nur die jungen, unerfahrenen Jusos wild herum, auch einige etablierte Sozialdemokraten schlossen sich dieser Totschlaggebärde an.

**PAZ:** Nun gab es in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten eine ganze Reihe von anerkannten, ja berühmten Sozialdemokraten, die vor grenzenloser Zuwanderung nach Deutschland und Europa warnten. Otto Schily hielt schon 1998 die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands

durch Zuwanderung für überschritten. Nicht zuletzt Helmut Schmidt sprach im Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ angesichts massiver Migration von der ersten Gefahr einer, so wörtlich, „Entartung der Gesellschaft“. Warum sind diese klaren Worte staatsmännischer Verantwortungsethik in der heutigen SPD keine handlungsleitenden Vorbilder mehr?

**Reil:** Weil die, die jetzt und in den vergangenen Jahren in der Verantwortung standen, in keiner Weise mehr in der traditionellen Sozialdemokratie verwurzelt sind. Ich habe die Sozialdemokratie sozusagen noch mit der Muttermilch aufgenommen und habe SPD-Genossen und Gewerkschaftssekretäre von altem Schrot und Korn kennengelernt,

muss aus dessen Sicht immer eine Bereicherung sein. Abweichungen vom Idealbild werden nicht ernsthaft zur Kenntnis genommen. Dabei handelt es sich aber um eine ideologisch bedingte Wahrnehmungsstörung mit staatspolitisch gemeingefährlichen Auswirkungen für unser Land.

**PAZ:** Welche Lösung schlagen Sie vor?

**Reil:** Die Lage ist durch jahrelange Fehlentwicklung leider sehr verfahren, und eine Ideallösung habe ich auch nicht parat, aber es gibt eine ganze Menge Lösungsansätze. Fangen wir bei der Flüchtlingsproblematik an, dem entscheidenden Punkt, bei dem bei mir das Fass zum SPD-Austritt endgültig übergelaufen ist. Wichtig ist: Man muss die Probleme offen ansprechen, das ist der allererste Schritt. Ich habe die Bilder vor den Bahnhöfen doch gesehen, mit den Tausenden von jungen Männern – und nachdem ich

»Ich habe die Sozialdemokratie mit der Muttermilch aufgenommen, SPD-Genossen von altem Schrott und Korn kennengelernt«

weiß, wo diese Menschen landen, nämlich bei uns, wo die ungelösten Probleme schon übergroß sind und durch weiteren Zuzug noch verschärft werden. Dem Ruhrgebiet und insbesondere dem Essener Norden geben diese nicht zu bewältigenden Menschenmassen endgültig den Rest! Das musste ich doch massiv thematisieren, auch gegen Widerstände. Deswegen hatte ich ja im Herbst 2015 zu Demonstrationen vor Ort aufgerufen, die dann von oben, das heißt von der damaligen NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft SPD-intern verboten wurden.

**PAZ:** Nicht nur Frau Kraft, vor allem die Jungsozialisten hatten Sie schon frühzeitig auf dem Kieker und deckten Sie mit Nazi-Vorwür-

die waren ganz nah am Volk. Auch Herbert Wehner hat schon in den 80er Jahren eindringlich vor einer übertriebenen Multikulturalisierung gewarnt. Helmut Schmidt, Sie erwählten ihn, ist und bleibt für mich der größte Sozialdemokrat der Bundesrepublik, nicht nur wegen seiner realistischen Einschätzung in der Zuwanderungsfrage. Doch das will man heute in der SPD nicht mehr wahrhaben und erleidet dadurch Schiffbruch.

**PAZ:** Nach Ihrem SPD-Austritt und vor allem durch Ihren Wechsel zur Alternative für Deutschland, AfD, mussten Sie viele Ausgrenzungen und Schikanen hinnehmen. Welche waren besonders belastend?

**Reil:** Ja, die Auseinandersetzungen zwischen den politischen Lagern, vor allem im ausufernden „Kampf gegen Rechts“, haben an Härte und Brutalität enorm zugenommen. Konkret: Mein Haus wurde beschmiert, das Auto meiner Frau völlig zerstört. Rein materiell ein Gesamtschaden in Höhe von 14 000 Euro.

**PAZ:** Das sind ja ähnliche Vorkommnisse wie in Rheinland-Pfalz beim dortigen AfD-Landesvorsitzenden Uwe Junge, oder?

**Reil:** Bei meinem Parteifreund Junge war die Gewaltanwendung noch schlimmer. Bei ihm drangen Extremisten ins Haus ein und verwüsteten es. Außerdem haben sie ihn auch täglich angegriffen. Das ist schon eine Nummer krasser als bei mir – vorläufig. Aber: Hätte ich nicht Personenschutz in letzter Zeit gehabt und wären bei meinen Auftritten nicht ständig Polizisten dabei, ich befürchte, dass ich manche Konfrontation nicht heil überstanden hätte, so zum Beispiel bei der traditionellen Maikundgebung in diesem Jahr. Eine Hundertschaft Polizei musste einschreiten, sonst hätten mich fanatisierte Gegendemonstranten sicherlich gelyncht. Das ist jetzt keine Übertreibung, Video-Aufzeichnungen belegen die erschreckenden Szenen eindeutig! Und ich muss gestehen: Als ich hautnah in die Augen dieser aufgeputschten und hasserfüllten Menschen gesehen habe, stieg in mir Angst auf, obwohl ich bestimmt kein Weichei bin! Es ist mir unheimlich, was sich da zum schlechten Stil der politischen Auseinandersetzung leider entwickelt hat.

**PAZ:** „Was mir auf der Seele brennt!“ heißt der Untertitel Ihres im April erschienen Buches „Wahrheit statt Ideologie“. Was liegt Ihnen beim Blick in die Zukunft besonders auf der Seele?

**Reil:** Mein Hauptziel ist die Entdämonisierung der AfD. Der einzige Grund, warum die AfD noch nicht die Stimmenanteile hat, die sie eigentlich haben müsste, ist eine geschlossene, sogenannte Volksfront gegen sie. Fast alle gesellschaftlich relevanten Gruppen agitieren gegen diese junge und aufstrebende Partei: Kirchen, Parteien, mit Steuergeldern finanzierte Anti-Rechts-Gruppen und ein Großteil unserer Leitmedien. Uns wird dabei immer unterstellt, wir hätten Vorurteile. Aber ich frage Sie: Warum wählen die Leute genau dort, wo sie den Migranten besonders ortsnah verbunden sind, in den sogenannten Multikulti-Zonen, warum wählen diese Bürgerinnen und Bürger verstärkt die AfD? Da frage ich mich doch, wer hat denn hier nachvollziehbare Vorurteile? Die hat doch der, der von etwas spricht, wovon er keine Ahnung hat.